

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (16. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Hermann Ott, Dr. Valerie Wilms, Omid Nouripour, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/6499 –**

Abkommen zum Schutz der Arktis unverzüglich auf den Weg bringen – Internationale Zusammenarbeit zum Schutz der Arktis

A. Problem

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung u. a. aufgefordert werden,

- dem Schutz der Arktis hohe Priorität einzuräumen und ihn trotz der in der Arktis gelegenen Rohstoffvorkommen über die wirtschaftlichen Interessen zu stellen;
- auf multilateraler Ebene neue Initiativen zu ergreifen und sich konsequent für die Durchsetzung bereits gefasster Entschlüsse zum Schutz der Arktis einzusetzen;
- sich auf internationaler Ebene dafür einzusetzen, dass ein dem Antarktisvertrag aus dem Jahr 1959 vergleichbarer Arktisvertrag ausgehandelt wird, um die wirtschaftliche Ausbeutung und die damit einhergehende Verschmutzung des arktischen Meeres durch die Anrainerstaaten zu verhindern;
- sich unabhängig davon im Rahmen der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO) für einen anspruchsvollen „Polar Code“ zu verwenden sowie
- sich zusätzlich verstärkt in die Beratungen des Arktischen Rates einzubringen und für die Stärkung seiner Kompetenzen einzutreten mit dem Ziel, eine Organisation zu entwickeln, die für strittige Fragen der internationalen Zusammenarbeit im arktischen Raum Schlichtungs- und Regulierungskompetenzen hat.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/6499 abzulehnen.

Berlin, den 9. November 2011

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Eva Bulling-Schröter
Vorsitzende

Ingbert Liebing
Berichterstatter

Frank Schwabe
Berichterstatter

Angelika Brunkhorst
Berichterstatterin

Sabine Stüber
Berichterstatterin

Dr. Hermann E. Ott
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Ingbert Liebing, Frank Schwabe, Angelika Brunkhorst, Sabine Stüber und Dr. Hermann E. Ott

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/6499** wurde in der 126. Sitzung des Deutschen Bundestages am 21. September 2011 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Arktis sei nach Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eines der empfindlichsten Ökosysteme der Erde. Die Temperatur in der Arktis sei im letzten Jahrhundert um durchschnittlich 2 Grad Celsius gestiegen, im globalen Mittel lediglich um 0,8 Grad Celsius. Durch die fortschreitende Schmelze des Eises entstünden Zugangsmöglichkeiten zum Meeresgrund und den dort vorhandenen Rohstoffen. Der Wettlauf um die Ressourcen unter dem Eis sei bereits in vollem Gange.

Organismen, die in der Arktis lebten, seien in hohem Maße an die in der Arktis herrschenden Extrembedingungen angepasst. Veränderten sich diese Bedingungen weiter so rasant, sei die Biodiversität in der Polarregion ernsthaft gefährdet. Eine systematische Rohstoffausbeutung würde die Region erheblich zusätzlich belasten und den einzigartigen Lebensraum Arktis vollends zerstören. Der zu erwartende zusätzliche Schiffsverkehr berge weitere Risiken. Insbesondere die Ablagerung von Rußpartikeln sowie das illegale Löschen von Schiffsabfällen und Treibstoffrückständen stellten eine Gefährdung dar.

Diese Veränderungen machten die internationale Zusammenarbeit neben der zentralen ökologischen Frage auch in zahlreichen anderen Politikfeldern erforderlich. Der Rückgang des Eises ermögliche neue Schifffahrtsrouten, die neuen Zugänge zum Festland würfen sicherheitspolitische Fragen auf und der Streit um die endlichen Ressourcen könnte Spannungen zwischen den Staaten befördern.

Die Bundesregierung solle deshalb dem Schutz der Arktis eine hohe Priorität einräumen und ihn über die wirtschaftlichen Interessen stellen. Sie solle sich u. a. auf internationaler Ebene dafür einsetzen, dass ein dem Antarktisvertrag aus dem Jahr 1959 vergleichbarer Arktisvertrag ausgehandelt werde, um die wirtschaftliche Ausbeutung und die damit einhergehende Verschmutzung des arktischen Meeres durch die Anrainerstaaten zu verhindern. Zusätzlich solle sie sich verstärkt in die Beratungen des Arktischen Rates einbringen und für die Stärkung seiner Kompetenzen eintreten mit dem Ziel, eine Organisation zu entwickeln, die für strittige Fragen der internationalen Zusammenarbeit im arktischen Raum Schlichtungs- und Regulierungskompetenzen erhalte.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/6499 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/6499 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/6499 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/6499 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat den Antrag auf Drucksache 17/6499 in seiner 56. Sitzung am 9. November 2011 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, für die Arktis wie auch für die Meere überhaupt gelte, dass man nichts tun dürfe, was das ökologische Gleichgewicht und die Ökologie dieser Ökosysteme gefährde. Sie ermuntere daher die Bundesregierung in ihren Bemühungen, eine eigene Arktisstrategie zu entwickeln. Grundlage dafür sei auch umfangreiche Forschungsaktivität – das Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung sei eines der weltweit führenden, anerkannten Polarforschungsinstitute. Als Beobachter nehme Deutschland an den Beratungen des Arktischen Rates teil. Man müsse jedoch feststellen, dass man bei der Arktis nicht über eigenes Territorium rede. Es gebe fünf Anrainerstaaten, die über ihr Territorium selbst entschieden. Durch im Deutschen Bundestag gefasste Beschlüsse, dass es ein Arktisabkommen geben sollte, könne man nicht das Ziel erreichen, wenn die Staaten, über deren Hoheitsgebiet man rede, dies nicht tun würden. Aber es sei wichtig, in den Gesprächen mit diesen Staaten, seine Interessenlage einzubringen. Dies tue die Bundesregierung, die hierfür Unterstützung verdiene. Der vermittelte Eindruck, die Bundesregierung würde ausschließlich die wirtschaftliche Ausbeutung sowohl der Meere, als auch der Antarktis verfolgen, gehe an den Tatsachen vorbei. Die Wirklichkeit sei eine andere. Der Schutz der Arktis stehe genauso im Mittelpunkt. Dies würde durch vielfältige

Aktivitäten deutlich, in denen die Unionsfraktion die Bundesregierung unterstütze.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, unabhängig von den Hoheitsgebieten könne man Vorstellungen haben und diese auch artikulieren. Bei einem Unfall auf einer Bohrinsel im Golf von Mexiko zum Beispiel habe der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit ein Moratorium für alle Tiefseebohrungen gefordert, ohne dass die Hoheitsgebiete der Bundesrepublik Deutschland betroffen gewesen wären. Die Frage sei, was man mit der Arktis mache. Es sei wirklich absurd, dass dort zusätzlich zum Klimawandel gebohrt werden könne. Wenn dort ein Unfall passiere, hätte dieser viel größere Auswirkungen als in anderen Breitengraden, wo man derartiges leider in den letzten Jahren und Jahrzehnten erlebt habe. Deswegen sei es wichtig, diesbezüglich eine klare Haltung einzunehmen. Ein Arktisvertrag analog zum Antarktisvertrag wäre vermutlich einfacher gewesen, wenn man geglaubt haben würde, dass die Eisdecke dort für alle Ewigkeit verbliebe. Seit klar sei, dass das Ganze schmelze, sei aber alles sehr kompliziert. Trotzdem wäre es gut, wenn Deutschland sich für einen solchen Vertrag analog zum Antarktisvertrag einsetzen würde.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, sie erachte den Antrag in großen Teilen als sinnvoll und wichtig. Allerdings komme in dem gesamten Antrag die Unterstellung zum Ausdruck, dass dem Ökonomischen immer Vorrang eingeräumt würde. Zum Zustand der Arktis an sich erklärt sie, das Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung habe mitgeteilt, dass die eisfreie Fläche dieses Jahr ungefähr die Größe der Niederlande umfasse. Ein großes Problem sei, dass die Eisdicke von ehemals zwei Metern auf im Durchschnitt jetzt 90 cm geschmolzen und das Eis sehr zerklüftet sei. Dadurch würde der Abschmelzprozess noch weiter forciert. Die Arktis habe lange in einer Art Dornröschenschlaf verharrt und so habe sich eine einzigartige Flora und Fauna entwickeln können. Diese besonderen Tier- und Pflanzenarten seien natürlich besonders schützenswert. Man solle alles daran setzen, diese Fauna und Flora auch wirklich zu schützen. Andererseits habe man es allerdings bei der Arktis anders als bei der Antarktis mit einem Gebiet zu tun, bei dem es Anrainerstaaten gebe, die berechnete Interessen geäußert hätten. Dies könne man nicht einfach vom Tisch wischen. Eher könne man darauf einwirken, eine gemeinsame Strategie zu verfolgen. Vielleicht könne man ein gemeinsames Gremium finden, in dem die Schutzwürdigkeit beschrieben würde. Dies könne nicht in Form eines Arktisvertrages erfolgen, weil es anders als bei der Antarktis als unbewohntem Gebiet bei der Arktis Anrainerstaaten gebe. Dies bedeute einen großen Unterschied. Unter Punkt 6 enthalte der Antrag eine Forderung, die durchaus als Anhaltspunkt genutzt werden könne. Man müsse sehen, wie man da weiterkomme. Die Rolle Deutschlands sei nur beratend. Insofern sei der Einfluss eher auf wissenschaftlicher Schiene – etwa über das anerkannte Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung – zu nehmen. Insbesondere die Punkte 11 und 14 seien zu weitreichend und unrealisierbar bzw. zu restriktiv.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erklärte, sie unterstütze den Antrag vollständig. Sie denke, dass eine Organisation wie der Arktische Rat dringend Regelungskompetenzen und Zuständigkeiten für ein rechtsverbindliches Arktisregime brauche. Ziel müsse es sein, dass Eingriffe in die arktische

Umwelt durch den künftigen Abbau von Bodenschätzen und den zunehmenden Schiffsverkehr nicht total unterbunden, aber so minimal wie möglich gehalten würden. Die oberste Priorität müssten Schutz des Klimas und des Lebensraums sein. Forderung Nummer 3, dass der Arktisvertrag entsprechend dem Antarktisvertrag auszuhandeln sei, sei unglücklich. Die Situationen in Antarktis und Arktis unterschieden sich grundsätzlich hinsichtlich Land- und Gewässermasse. Aus ihrer Sicht müsse der Arktisvertrag auf dem Internationalen Seerecht basieren, um den umfassenden Schutz der Arktis zu erreichen. Auch wenn Deutschland nicht unmittelbar betroffen sei, sollte es seine Kenntnisse auf dem Gebiet der Gewässer, in die Aushandlung eines Arktisvertrages einbringen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, manchmal fühle man sich wie in einem schlechten Science-Fiction-Film. Dieser handele davon, dass sich die Bedingungen auf einem Planeten derart verschlechterten, dass sie eine Bedrohung für die gesamte Zivilisation darstellten. Durch die beginnenden Veränderungen würden neue Vorräte freigelegt und die Zivilisation habe nichts Besseres zu tun, als sofort zu jubeln und festzustellen, dass nun 25 Prozent an neuen Vorräten vorhanden seien, die sie nun verfeuern könnten. Dann würden die Claims abgesteckt, U-Boote würden auf den Meeresgrund geschickt, um dort eine stählerne Fahne aufzurichten, um Ansprüche anzumelden. Die Arktis sei eines der sensibelsten Ökosysteme, die es auf diesem Planeten gebe – mit extremen Bedingungen wie in der Antarktis auch. Die dortigen Lebewesen und die Ökosysteme seien an derartige Lebensbedingungen angepasst. Sie seien ein Seismograph, ein Indikator, für größere Veränderungen. Vom Schwund des arktischen Meeres seien bereits 40 Prozent betroffen. Es gäbe kein Eis mehr im arktischen Nordmeer, das älter sei als drei Jahre. Die größte Eisfläche betrage nur noch einen Meter in der Dicke. Im Sommer sei das Eis daher sehr schnell weg. So zeige die Arktis, sie könne das erste Ökosystem sein, das in einen anderen Aggregatzustand übergehe. Ein sogenannter Kippunkt sei überschritten. Die Gefährlichkeit bestehe darin, dass die Systeme zusammenhängen. Man wüsste nicht, welche anderen Veränderungen der Übergang dieses Ökosystems in einen anderen Aggregatzustand nach sich zöge. Tatsache sei, dass die Arktis im Normalfall wie ein Kühlschrankschrank wirke: Die weiße Fläche reflektiere das Sonnenlicht und verhindere so die Umwandlung in Wärmestrahlung. Wenn allerdings das Eis verschwinde, komme das dunkle Meer zum Vorschein, was die Sonnenstrahlen nicht mehr reflektiere, sondern absorbiere. Das führe zu einer schnelleren Erwärmung. Es handele sich hier um einen sich selbst verstärkenden Prozess: Je wärmer es in der Arktis werde, desto mehr Eis schmelze ab, desto wärmer werde es wieder usw. Die Erfordernisse des Klimaschutzes sowie die Erfordernisse des Erhalts dieses einzigartigen Ökosystems geböten, dieses System unter einen besonderen Schutz zu stellen. Diesem Ziel diene der Antrag. Dem Schutz der Arktis müsse hohe Priorität eingeräumt werden. Eine erste Lesung habe es im Plenum bereits gegeben. Dort sei von allen Fraktionen große Zustimmung signalisiert worden – wenn auch nur im Prinzip und nicht unbedingt für den Antrag als solchen. Von den Fraktionen der CDU/CSU und FDP sei ins Feld geführt worden, der Einfluss Deutschlands auf die Arktis sei relativ gering und deshalb könnte man nichts tun.

Dies führe dazu, dass man sich aus der Antarktis zurückziehen müsse. Frühere Bundesregierungen hätten sich in sehr hohem Maße für eine Station in der Arktis eingesetzt und den deutschen Einfluss in der Antarktis erst einmal durchgesetzt. Jetzt sehe man jedoch, dass die Bundesregierung sowohl was den Nichtschutz bzw. die Ausbeutung der Arktis angehe, als auch bei dem Entwicklungsplan Meer, keine Schutzinteressen verfolge. Im Vordergrund stünden vielmehr wirtschaftliche Interessen. Es gehe um Ausbeutung, es gehe um Nutzung und vielleicht noch um den Schutz der Nutzung, aber nicht um den Schutz dieser Ökosysteme selbst. Zu erinnern sei an den Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie zum Masterplan Maritime Technologien. Danach habe die Bundesregierung ein sehr starkes Interesse an der Nutzung und Ausbeutung der Ressourcen. Deshalb fordere der Antrag die Bundesregierung dazu auf, sich für einen Schutz der Arktis einzusetzen. Wenn möglich, solle sie sogar auf die Aushandlung eines Arktisvertrages – ähnlich wie er für die Antarktis bestehe – hinwirken. Die Bunderegierung solle sich für ein internationales Moratorium einsetzen, sowohl was die Förderung fossiler und nuklearer Rohstoffe betreffe, als auch die Ausbeutung metallurgischer Ressourcen, drittens solle sie im Rahmen der Europäischen Union auf einen sicherheitspolitischen Dialog mit den Anrainerstaaten hinwirken. Tatsächlich seien die Veränderungen, die sich dort ergäben von unmittelbarem sicherheitspolitischen Interesse. Kanada werde nicht mehr im Stande sein, seine eigenen Grenzen zu schützen und auch für die europäischen Anrainer werde es schwierig werden. In unmittelbarer Nachbarschaft entwickle sich ein Krisengebiet, wo es durchaus zu militärischen Auseinandersetzungen kommen könne. Die Bundesregierung solle sich zu einem ambitionierten Vorreiter in der Klimaschutzpolitik machen. Diese Anliegen seien dringlich. Es sei nicht mehr viel Zeit, in der Arktis noch die Möglichkeit einer Unterschutzstellung zu bewirken. Die Eisschollen und das Meereseis verschwänden schnell. Desto schneller würden sich die Anrainerstaaten mögliche Claims sichern wollen. Eile sei deshalb geboten.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 17/6499 abzulehnen.

Berlin, den 9. November 2011

Ingbert Liebing
Berichterstatter

Frank Schwabe
Berichterstatter

Angelika Brunkhorst
Berichterstatterin

Sabine Stüber
Berichterstatterin

Dr. Hermann E. Ott
Berichterstatter

